

5. Motion von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Anpassung von § 61 (Oeffentliches Amt oder Mandat) des Personal- und
Besoldungsreglementes der Gemeinde Allschwil an die heutigen Begebenheiten Geschäft 3251
6. Motion der SP-Fraktion betreffend
Zur Kenntnis-Bringung des Finanzplanes (VOR § 28 Abs. 2) Geschäft 3266

Nach der Pause:

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Die Protokollführerin

Christine Graf

Einwohnerratsprotokoll Nr. 6 vom 24. Januar 2001

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des Einwohnerrates
Allschwil**

Peter Humbel

**Bericht des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
betreffend Kenntnisnahme von der Finanzplanung der Einwohnerkasse
für die Jahre 2002 bis 2006
Geschäft 3253/A**

Dr. Lukas Rosenthaler, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, ist erfreut über den im Vergleich zu anderen Jahren detaillierten und ausführlichen Finanzplan. Für die Zukunft erwartet die FIREKO zusätzlich die rechtzeitige Zustellung dieses Berichtes. Zum Inhalt des Finanzplans verweist L. Rosenthaler auf den schriftlichen Kommissionsbericht 3253A. Er bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges. In Ergänzung hält der Kommissionssprecher folgende Punkte fest: Die FIREKO kann die enthaltenen Zahlen, insbesondere die Ausgaben, nachvollziehen. Die Ausgaben erscheinen eher optimistisch in der Planung. Die Planung wird, neu unterstützt von einer effizienten Software, laufend angepasst und sollte deshalb für die Verwaltung inskünftig den Arbeitsaufwand reduzieren. Die FIREKO stellt mit Befriedigung fest, dass im Gegensatz zu anderen Jahren Investitionen zur Substanzerhaltung und Wiederherstellung der gemeindeeigenen Liegenschaften beinhaltet sind. Die Verschuldung wird, falls die Ausgaben und Einnahmen den Erwartungen entsprechen, von heute CHF 1'400 auf neu CHF 2'200 pro Einwohner/in ansteigen. Dies würde einer knapp mittleren Verschuldung entsprechen, was gemäss L. Rosenthaler noch tragbar ist. Der vorliegende Finanzplan zeigt auf, wie schmal der Grad zwischen einem gesunden und kranken Finanzhaushalt jeweils ist. Die FIREKO dankt den Herren Gemeinderat Dr. Leo Zehnder, Hauptabteilungsleiter Kurt Hürzeler, Abteilungsleiter Rechnungswesen Gregor Minzer und dem externen Berater Thomas Frischknecht für ihre exzellente Arbeit. Die Kommission beantragt Kenntnisnahme des vorliegenden Finanzplans 2002 – 2006.

Der Departementsvorsteher Finanzen, **Dr. Leo Zehnder**, weist darauf hin, dass der Finanzplan 2002 – 2006 immer in Zusammenhang mit der strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung des Gemeinderates für die Jahre 2002 – 2006 (Geschäft 3246) betrachtet werden muss. Er zitiert die Grundsätze der Finanzpolitik des Gemeinderates: „...basiert auf einem ausgeglichenen Haushalt und ermöglicht die notwendigen Investitionen, die auch auf die Ansprüche und Erwartungen kommender Generationen Rücksicht nehmen“.

In der Planungsperiode wird ein Investitionsvolumen von über CHF 35 Millionen ausgewiesen. Aufgrund der jetzt bekannten Rahmenbedingungen kann dieses Ziel, nämlich der Erhalt der gesunden Finanzstrukturen, erreicht werden. Beim Betracht der Entwicklung der Laufenden Rechnung sind ab 2005 positive Budgetvorgaben prognostiziert. Man kann davon ausgehen, dass es dann auch wieder möglich sein wird, die Verschuldung pro Einwohner/in teilweise zu reduzieren. Der Finanzplan ist ein positives Instrument für den Gemeinderat. Dr. Leo Zehnder dankt der FIREKO für ihre Bemühungen, aber auch der Verwaltung für die Bereitstellung der umfangreichen Dokumentation.

EINTRETEN

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion: Die kostenintensivsten Posten im Finanzplan sind die Bauvorhaben, wovon einige hinterfragt werden müssen. Vom Bezug des neuen Verwaltungsgebäudes erwartet die SD-Fraktion Einsparungen an Mietkosten und bei diversen Verwaltungsabläufen. Bruno Steiger hält fest, dass die Gemeinde Allschwil bei einer Realisierung des Veranstaltungssaales mit COOP auf dem Areal Wegmatten keine Geschenke erhalten wird und COOP eigene Zielsetzungen hat. Er stellt das Bedürfnis für einen neuen Veranstaltungssaal in Frage; die heutigen Bedürfnisse könnten mit der Nutzung der Turn- und Konzerthalle Gartenstrasse abgedeckt werden. Im geplanten Hochwasserschutzdamm sieht die SD-Fraktion eine Desavouierung des ablehnenden Volksentscheides vom 13. Juni 1999. Sollte der Kanton den Damm trotzdem realisieren wollen, dann auf eigene Kosten. Mit den eingesparten Geldern könnte der für das Jahr 2006 geschätzten Pro-Kopf-Verschuldung wirksam entgegen getreten werden. In diesem Sinne nimmt die SD-Fraktion mit Vorbehalt vom Finanzplan Kenntnis.

Kurt Kneier, namens der CVP/SVP-Fraktion, steht hinter dem vorliegenden Finanzplan. Für die Fraktion stelle dieser nicht einfach eine Budgetierung dar, sondern eine langfristige Finanz- und Aufgabenplanung, welche Veränderungen und ihre Auswirkungen kontrolliert, rechtzeitig erkennt und nötige Massnahmen ergreift. Die Fraktion begrüsst die vom Gemeinderat gesetzten strategischen Ziele, speziell das Investitionsvorhaben und hofft auf entsprechende Verwirklichung. Sie wünscht sich in Zukunft, dass der Finanzplan im Rahmen des Rechnungsabschlusses überarbeitet und angepasst wird. Kurt Kneier dankt den Herren Zehnder, Hürzler und Minzer und allen, die zum guten Gelingen des Finanzplans beigetragen haben. Die CVP/SVP-Fraktion stimmt dem gemeinderätlichen Antrag auf Kenntnisnahme zu.

Robert Richner, namens der FDP-Fraktion, ist für Eintreten auf Geschäft 3253. Der Finanzplan sei richtungsweisend und zeige dem Rat auch mögliche Konsequenzen auf. Bezüglich Verschuldung wünscht die Fraktion, dass die bisher gesunde Finanzbasis der Gemeinde Allschwil möglichst erhalten wird, damit auch für kommende Generationen eine gute Ausgangslage geschaffen ist. Robert Richner erkundigt sich beim Gemeinderat, woher die Gelder für Investitionen stammen und zu welchen Konditionen. Die Fraktion ist für die Kenntnisnahme des Finanzplans 2002 – 2006.

Niklaus Burren, SP-Fraktion, schliesst sich der Meinung der FIREKO an und ist für Eintreten auf den vorliegenden Finanzplan.

://:

Eintreten auf Geschäft 3253/A ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Seite 2: Laufende Rechnung
Keine Wortmeldung.

Seite 3: Zusammenfassung Sachbereiche

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, verweist auf den gemeinderätlichen Bericht Seite 3, Personalbereich, und erkundigt sich im Nachhinein nach Details zur personellen Aufstockung im Bereich Bauwesen.

Dr. Leo Zehnder, Finanzvorsteher: Bei der Ueberprüfung der Personalaufwendungen der Gemeinde Allschwil vor ca. 2 Jahren hat die Bauverwaltung eine Aufstockung von insgesamt 100% für die Bereiche Hoch- und Tiefbau beantragt. Das Begehren hat die Personal- und Besoldungskommission einstimmig gutgeheissen und die Stelle wurde vor ca. 2 Monaten besetzt. Die Aufstockung spielt also für die heutige Planung keine Rolle mehr. Im Uebrigen werde im Gemeinderat jede Stellenaufstockung im Detail geprüft und hinterfragt. Die FIREKO sei jederzeit frei, die Aufwendungen im Sektor „Personal“ zu überprüfen. Zum Votum R. Richner: Der Gemeinderat schätzt die Verzinsung des Finanzbedarfs auf rund 5 %. Ein Grossteil davon wird auf dem Kapitalmarkt beschafft, mit Ausnahme der möglichen Selbstfinanzierung (Seite 6).

Alex Horisberger stellt die Personalaufstockung für den Bereich „Baubewilligungen“ in Anbetracht der geringfügigen Baugesuche in Frage.

Dr. Leo Zehnder bedauert, dass Gemeinderat Roman Meury heute krankheitshalber abwesend ist. Er könnte die Frage von Alex Horisberger im Detail beantworten. Die Abteilung Hochbau wird in Zukunft arbeitsmässig recht belastet sein, so z.B. durch die Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Liegenschaften.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** ergänzt, dass der neue Stelleninhaber für die Bereiche Hoch- und Tiefbau tätig ist und noch neue Aufgaben der Hauptabteilung Hochbau übernimmt, so auch im Zusammenhang mit dem neuen Verwaltungsbau. Zudem sei es prozentual keine Aufstockung im Bereich Bauwesen, weil in den Regiebetrieben eine 100%-Stelle nicht mehr besetzt worden ist. Stellenbegehren werden in einer Gesamtbetrachtung der Verwaltung geprüft. Die Personal- und Besoldungskommission hat das Begehren geprüft und konnte den Bedarf nachvollziehen.

Alex Horisberger: Wurde schon geprüft, ob der Liegenschaftsdienst einer externen Organisation übertragen werden könnte?

Gemeinderat **Paul Schüpbach**, stellvertretend für den Departementsvorsteher Hochbau, Roman Meury: Im Liegenschaftsdienst ist ein Mitarbeiter beschäftigt, der nicht nur die gemeindeeigenen Liegenschaften bewirtschaftet, sondern bisher auch sämtliche für die Gemeinde Allschwil tätigen Hauswarte und Reinigungshilfen beaufsichtigt sowie das Versicherungswesen und die Wasserabrechnungen betreut. Der neue Stelleninhaber arbeitet je zur Hälfte in den Hauptabteilung Hochbau und Tiefbau und übernimmt das Katasterwesen. Betreffend Outsourcing: In einem Führungsgremium müssen solche Ueberlegungen immer wieder neu geprüft werden, ist Moment kann aber von einer idealen Besetzung ausgegangen werden.

Seite 5: Allgemeine Verwaltung
Keine Wortmeldung.

Seite 6: Oeffentliche Sicherheit
Keine Wortmeldung.

Seite 7: Bildung
Keine Wortmeldung.

Seite 8: Kultur und Freizeit
Keine Wortmeldung.

Seite 9: Verkehr
Keine Wortmeldung.

Seite 10: Umwelt und Raumplanung
Keine Wortmeldung.

Seite 11: Planbilanz der Planperiode 2002 – 2006
Keine Wortmeldung.

Seite 12: Kennziffern der Planperiode 2002 – 2006
Keine Wortmeldung.

Seite 13: Kapitalflussrechnung der Planperiode 2002 - 2006
Keine Wortmeldung.

Seite 14: Laufende Rechnung der Planperiode 2002 – 2006, Gliederung nach Funktionen konzentriert
Keine Wortmeldung.

Seite 16: Laufende Rechnung der Planperiode 2002 – 2006, Gliederung nach Funktionen detailliert
Keine Wortmeldung.

Olivier Rügsegger, SP-Fraktion, betreffend optimistische Einnahmenplanung des Gemeinderates: Er erinnert an die Budgetsitzung vom Dezember 2000, wo die zu erwartenden Steuereinnahmen als noch ungewiss deklariert worden sind. Gibt es neue Informationen?

Gemeinderat **Dr. Leo Zehnder**: Von der kantonalen Steuerverwaltung wurde signalisiert, dass als Folge der Umstellung auf die einjährige Steuerveranlagung von einer optimistischen Einnahmenplanung ausgegangen werden kann. Es sei ein Missverständnis, dass die Steuervoraussetzungen geändert werden: Im Jahr 2000 mussten die Einnahmen der Jahre 1997 und 1998, geteilt durch zwei, versteuert werden. Ab Jahr 2001 müssen die effektiven Einnahmen des laufenden Jahres versteuert werden. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein Grossteil der Bevölkerung in der Zwischenzeit eine Einnahmезunahme erzielt hat, was eine positive Auswirkung auf die Einnahmen der Gemeinde Allschwil hat, deren Ausmass aber noch nicht definitiv abgeschätzt werden kann.

Robert Richner, FDP-Fraktion, erkundigt sich betreffend Spezialfinanzierungen auf Seite 22. Sie weisen im Finanzplan Differenzen und keine ausgeglichene Rechnung aus.

Dr. Leo Zehnder: Spezialfinanzierungen müssen in sich eine Null-Summe ergeben. Diese wird durch Einlagen oder Entnahmen in die Spezialfinanzierungen bewirkt. Diese Summe sei relativ schwierig zu budgetieren und ergibt sich erst endgültig aus der definitiven Rechnungsablage; diese Position sei deshalb mit Vorsicht zu betrachten. Der Finanzchef offeriert dem Fragesteller eine detaillierte Erläuterung des Themas Spezialfinanzierungen bei anderer Gelegenheit.

Alex Horisberger, FDP-Fraktion, erkundigt sich bezüglich Posten Rechtsaufsicht, Seite 16: Wieso steigt dieser Posten bis ins Jahr 2006 auf CHF 600'000 an?

Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Finanzen: Darin enthalten ist die Vormundschaftsbehörde, die organisatorisch den Sozialen Diensten angeschlossen ist. Rund die Hälfte der Summe machen die entsprechenden Verrrechnungen der Sozialen Dienste für die Rechtsaufsicht aus.

Seite 25: Laufende Rechnung der Planperiode 2002 – 2006, Gliederung nach Funktionen detailliert.
Keine Wortmeldung.

://:

Gestützt auf die Berichte des Gemeinderates und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission wird von der Finanzplanung der Einwohnerkasse für die Jahre 2002 bis 2006 einstimmig Kenntnis genommen.

Berichte des Gemeinderates und der Verkehrs- und Planungskommission betreffend Mutation des Zonenplanes Landschaft Schaffung einer Naturschutzzone „Mühlebachtal“, 1. Lesung Geschäft 3136/A

Hanspeter Frey, Präsident der einwohnerrätlichen Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen erläutert den Kommissionsbericht 3136A. Er bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges. Der Kommissionspräsident erläutert die Ausgangslage, welche die Mutation des Zonenplanes Landschaft und die Schaffung einer Naturschutzzone „Mühlebachtal“ notwendig macht. Die Schaffung einer Naturschutzzone soll die Ueberbauung des Ziegeleiareals (Geschäft 3202) ermöglichen. Er hält fest, dass dieses die letzte grosse Baulandreserve im Besitz der Gemeinde Allschwil darstellt. Von der Mutation ist auch das Zonenreglement Landschaft betroffen; dieses muss in § 8 ergänzt werden. Die bestehenden heutigen Pachtverhältnisse sollen auch nach der Umnutzung weitergeführt werden. Bis zur Realisierung sollen sich alle betroffenen Privatgrundstücke im Besitz des Kantons Basel-Landschaft befinden. Der Schiessbetrieb soll durch die Zonenänderung nicht beeinträchtigt werden. Der Zufahrtsweg ins Mühlebachtal soll wie heute schon befestigt bleiben.

Die VPK hat sich insbesondere mit der Frage der im Mühlebachtal an der Grenze zu Frankreich bestehenden Chemiemüll-Deponien befasst. Nach heutigem Wissensstand ist dadurch keine Beeinträchtigung oder Gefahr für die Naturschutzzone „Mühlebachtal“ zu erwarten. Detaillierte Untersuchungen betreffend Deponien sind im Übrigen für Februar 2001 geplant. Mit Wohlwollen wurde zudem aufgenommen, dass für Allschwil keine weiteren Kosten bei der Realisierung dieser Zone mehr anfallen werden. Anlass zu Diskussionen gab auch der geplante Hochwasserschutz Allschwil Dorf. Die Kommission wird in der Detailberatung eine entsprechende Ergänzung im Zonenreglement Landschaft beantragen. Hanspeter Frey bittet um Zustimmung zum Antrag gemäss VPK-Bericht sowie zu den Anträgen des Gemeinderates.

Der gemeinderätliche Sprecher **Paul Schüpbach**, in Vertretung von Roman Meury, nimmt zu einzelnen Punkten Stellung: Der Gemeinderat sei zufrieden mit der gefundenen Lösung, die Schaffung der Naturschutzzone „Mühlebachtal“ als Ersatz für das Ziegeleiareal. Verhandlungen mit den Landeigentümern haben auf sehr angenehme Art und Weise stattgefunden. Nicht nur die Investitionen sehen für Allschwil positiv aus, auch die Unterhaltskosten (CHF 30'000) werden hälftig von Kanton und Bund übernommen. Er schickt voraus, dass der VPK-Antrag auf Ergänzung von § 8 des Zonenreglementes Landschaft vom Gemeinderat gutgeheissen wird, weil er rechtlich notwendig ist.

Paul Schüpbach verweist auf die Informationsveranstaltung „Hochwasserschutz Allschwil Dorf“ vom 30. Januar 2001. Sollten noch diesbezügliche Fragen auftauchen, können sie anlässlich der 2. Lesung des Geschäftes 3136 im Plenum am 14. Februar 2001 bereinigt werden. Die Realisierung des Hochwasserschutzes erfordere zahlreiche Beschlüsse auf kantonaler und kommunaler Ebene und daher viel Zeit. Die vorliegende Zonenplanänderung könne hingegen deutlich rascher realisiert werden. Wem der Naturschutz wichtig sei, könne ohne Bedenken dem vorliegenden Geschäft zustimmen.

Betreffend Chemie-Deponie „Hitzmatten“ im Mühlebachtal ist sich der Gemeinderat der Problematik bewusst. Er hat sich bereits intensiv mit der Thematik auseinandergesetzt und eine Firma mit Untersuchungen beauftragt. Sofern die Naturschutzzone von nationaler Bedeutung „Mühlebachtal“ geschaffen werde, können Legislative und Exekutive auch grösseren Druck auf die Verantwortlichen der Chemiemüll-Deponien betreffend deren Sanierung ausüben.

EINTRETEN

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, ist erfreut über den Konsens zwischen Bund, Kanton und Gemeinde und über die Kostenneutralität. Die Fraktion ist für Eintreten. Hingegen ist Bruno Steiger mit der Forderung der VPK auf eine ergänzende Bestimmung im Zonenreglement Landschaft bezüglich Hochwasserschutz nicht einverstanden. Der Hochwasserschutz stehe in keinem Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft. Die SD-Fraktion beantragt deshalb, die gemeinderätliche Fassung von § 8 beizubehalten.

Ursula Pozivil, namens der FDP-Fraktion, spricht sich für Eintreten aus.

Hildy Hirschfeld, CVP/SVP-Fraktion, ist ebenfalls für Eintreten.

Lucius Cueni, namens der SP-Fraktion, ist grundsätzlich für Eintreten, obwohl es sich beim Mühlebachtal nicht um einen 1:1-Ersatz für das Ziegeleiareal handle, damit jedoch einem anderen Landschaftstyp die Möglichkeit gegeben wird, als Habitat für seltene Tiere und Pflanzen hochwertig zu werden.

://

Eintreten auf Geschäft 3136/A ist unbestritten.

DETAILBERATUNG, 1. Lesung

Zonenreglement Landschaft der Gemeinde Allschwil vom 18.11.1981

§ 8 Natur- und Kulturgüterschutzzonen, Ergänzung Naturschutzzone Mühlebachtal

Ziffer 1

Kein Wortbegehren.

Ziffer 2

Kein Wortbegehren.

Ziffer 3

Kein Wortbegehren.

Ziffer 4

Kein Wortbegehren.

Ziffer 5

Kein Wortbegehren.

Ziffer 6

Antrag der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen auf Ergänzung von Ziff. 6:

In der Naturschutzzone dürfen keine Veränderungen vorgenommen werden, die deren Bestand gefährden oder deren Wert oder deren Wirkung beeinträchtigen. ***Davon ausgenommen sind bauliche und Unterhaltmassnahmen für den Hochwasserschutz Allschwil Dorf.***

Hanspeter Frey, VPK-Präsident, begründet die – von der Kommission einstimmig beschlossene - Ergänzung mit dem noch ungelösten Hochwasserschutz in diesem Gebiet. Ohne die Ergänzung würden mögliche Lösungen verhindert.

Mark Aellen, SP-Fraktion, entgegnet, dass mit diesem Antrag alle beliebigen Lösungen zum Hochwasserschutz ermöglicht würden, also auch Lösungen, die im Ernstfall das Naturschutzgebiet vernichten können. Sicher sei dies nicht im Sinne des Antragstellers. Die heutige Formulierung von § 8, welche den Wert und die Wirkung des Gebietes erhält, ist absolut ausreichend, um auch einen Hochwasserschutz einzubauen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, verweist auf den ablehnenden Volksentscheid zum Hochwasserschutzprojekt vom 13.6.1999. Zudem sei der Wasserbau eine Kantonsaufgabe. Er beantragt, die gemeinderätliche Fassung beizubehalten, zieht jedoch den Antrag auf Anraten des Vorsitzenden wieder zurück, da er dem gemeinderätlichen Antrag entspricht.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion: Der VPK-Bericht zeigt auf, dass keine Konsequenzen für die landwirtschaftliche Nutzung des Gebietes entstehen und der Hochwasserschutz keine Behinderung darstellt. Deshalb begrüsst die FDP-Fraktion die Ergänzung von § 8.

Niklaus Burren, SP-Fraktion, ist mit der Äusserung von H.P. Frey nicht einverstanden. Auch ohne Ergänzung dürfen bauliche Massnahmen in diesem Naturschutzgebiet vorgenommen werden, aber nur wenn der Wert oder der Bestand der Zone nicht beeinträchtigt wird.

Für **Lucius Cueni**, SP-Fraktion, ist es klar, dass in einem Naturschutzgebiet keine baulichen Massnahmen ergriffen werden dürfen. Jedoch stösst sich der Votant an der Formulierung „davon ausgenommen sind“. Der Hochwasserschutz muss ebenfalls nach den Grundsätzen „keine Wertverminderung und keine Bestandesgefährdung“ realisiert werden.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, zum Votum von M. Aellen: Die Formulierung muss so gelesen werden, dass keine Veränderungen vorgenommen werden dürfen, die etwas bewirken, nämlich den Bestand gefährden oder den Wert oder die Wirkung beeinträchtigen. Mit dem zweiten Satz wird festgelegt, dass diese Bedingungen bei einem Hochwasserschutzprojekt ebenfalls eingehalten werden müssen.

Zum Votum B. Steiger: Die Ergänzung wird eingebracht zum Schutz der Zone, damit sie nicht durch eine „Hintertüre“ gefährdet werden kann. Der ganze Paragraph muss im Zusammenhang gelesen werden, dann wird die Bestimmung klar.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, findet diese Diskussionen bemühend und will die Informationsveranstaltung Hochwasserschutz vom 30.1.2001 abwarten.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Die Eintretensdebatte hat gezeigt, dass die Naturschutzzone Mühlebachtal von allen Seiten begrüsst wird. Er empfiehlt ebenfalls, die neusten Informationen in Sachen Hochwasserschutz abzuwarten und in der 2. Lesung darüber zu beraten.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Allschwil ist im Besitz eines Naturschutzgebietes von nationaler Bedeutung, das nun abgetauscht wird und danach noch von regionaler Bedeutung sein wird. Die Formulierung von Ziff. 6 wird durch die Ergänzung der VPK aufgeweicht und damit die Existenz des Gebietes gefährdet.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, zum Votum M. Aellen: Auch bei der Realisierung des Hochwasserschutz-Projektes müssen die Bestimmungen im ersten Satz von Ziff. 6 eingehalten werden. Zum Votum J.J.Winter: Es gehe in der heutigen Diskussion ja nicht um ein Detailprojekt Hochwasserschutz, sondern darum, ob im Mühlebachtal grundsätzlich Hochwasserschutzmassnahmen getroffen werden dürfen oder nicht. Wie diese dann aussehen und ob das Projekt die Naturschutzzone beeinträchtigt oder nicht, muss zu einem späteren Zeitpunkt beraten werden.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, erachtet die Politik als Schachspiel: Ein einziger Zug kann alle weiteren verhindern. Mit der heutigen Beratung werde ein grosser Schritt zur Realisierung des Quartierplans Ziegelei getan.

Mark Aellen, SP-Fraktion, verdeutlicht nochmals, dass er die Formulierung der VPK ungeschickt empfindet. Sie könnte von anderen Instanzen zu Ungunsten der Naturschutzzone ausgelegt werden.

Gegenüberstellung Antrag VPK / Antrag Gemeinderat betreffend Ziff. 6:

://:

Mit 19:16 Stimmen obsiegt der Antrag der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen bezüglich Ergänzung von Ziffer 6 des Zonenreglementes Landschaft.

Olivier Rüeegsegger, SP-Fraktion, zitiert den VPK-Bericht vom 2.1.01: „Auf Grund des heutigen Wissensstandes beeinträchtigen die Chemiemüll-Deponien das geplante Naturschutzgebiet nicht.“ Der Gemeinderat in seinem Bericht vom 22.3.2000 erwähnt die Deponien nicht. Spätestens seit 1998 sollte die Gemeinde Allschwil aber Kenntnis von den illegalen Chemiemüll-Deponien Hitzmatten und Remisloch im benachbarten Elsass haben, in denen die Ciba-Geigy nach eigenen Angaben Ende 50er-Jahre und anfangs 60er-Jahre ca. 900 Tonnen Chemie-Müll abgeladen hat. In der Zwischenzeit wurden immerhin auf Kosten der verantwortlichen Firmen Sondierbohrungen geplant und kantonale Instanzen haben dem Mühlibach Wasserproben entnommen. Das diesbezügliche Engagement des Gemeinderates in Bezug auf die geplante Naturschutzzone „Mühlebachtal“ erscheint dem Sprechenden etwas mager; kein Wort wird davon im gemeinderätlichen Bericht 3136 erwähnt und auch der VPK-Bericht äussert sich lediglich in einem Satz dazu. Der heutige Wissensstand bezüglich Chemiemüll-Deponien ist eindeutig zu gering, um den von der VPK festgehaltenen Schluss zu ziehen. Olivier Rüeegsegger distanziert sich von der Aussage der VPK und wünscht sich, dass der Gemeinderat im Hinblick auf die geplante Zonenänderung die relevanten Abklärungen vornimmt auf die kantonalen Behörden und auf das benachbarte Elsass den nötigen Druck ausübt. Abschliessend weist Olivier Rüeegsegger darauf hin, dass sich die Verantwortlichen der Ciba-Geigy-Nachfolgefirma Novartis bei einem Treffen mit der Arbeitsgruppe „Chemiemüll-Deponien weg“ erstaunt gezeigt hätten bei der Erwähnung der geplanten Naturschutzzone im Mühlebachtal.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, hält fest, dass die Informationen aus zweifacher Nachfrage beim zuständigen Amt des Kanton Basel-Landschaft stammen.

Gemeinderat **Paul Schüpbach** hält fest, dass ein gewisser Druck aus Allschwil durch entsprechende Vorstösse im Landrat erfolgt ist und der Gemeinderat nicht untätig war. Gewässer jedoch gehören zum Hoheitsgebiet des Kantons.

Ziffer 7

Kein Worbegehren.

Ziffer 8

Kein Wortbegehren.

://:

Gestützt auf die Berichte des Gemeinderates und der Verkehrs- und Planungskommission wird der Mutation des Zonenplanes Landschaft, Schaffung einer Naturschutzzone „Mühlebachtal“, grossmehrheitlich zugestimmt. Der Teilrevision des Zonenreglementes Landschaft, bestehend aus der Ergänzung mit Paragraph 8, unter Berücksichtigung des Antrages der Verkehrs- und Planungskommission, wird in 1. Lesung zugestimmt.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

75 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

**Bericht des Gemeinderates betreffend
Restaurant Mühle, Mühlebachweg 41, Allschwil
Nachtragskredit zur Budgetposition 942-314.04,
Geschäft 3249**

Gemeinderat **Paul Schübach** erläutert, dass der vorliegende Bericht 3249 einen hohen Detaillierungsgrad aufweist. Dies, weil einige Rechnungsposten bei der Zusammenstellung der Kosten nicht aufaddiert worden sind. Bei einem Mieter-Wechsel oder wie in diesem Fall einem Pächter-Wechsel wird von der Verwaltung jeweils die Gelegenheit benutzt, die nötigen Renovationsarbeiten am Objekt vorzunehmen. Er bittet um Zustimmung zum erforderlichen Nachtragskredit.

EINTRETEN

://:

Eintreten ist unbestritten.

DETAILBERATUNG

Alex Horisberger, namens der FDP-Fraktion, stellt sich die Frage, ob der Nachtragskredit nicht schon zu einem früheren Zeitpunkt dem Parlament hätte vorgelegt werden können. Im Übrigen verweist er auf die gängige Praxis im Liegenschaftsbereich, wonach jeder Mieter/jede Mieterin nach 10 Jahren Mietdauer Anspruch auf gewisse zusätzliche Unterhaltsarbeiten am Mietobjekt hat. Inskünftig müssten auch bei den gemeindeeigenen Liegenschaften vermehrt Unterhaltsaufwendungen budgetiert werden. Die FDP-Fraktion wird den Kredit bewilligen und gutheissen. Alex Horisberger dankt für die Berücksichtigung von Allschwiler Firmen bei den Arbeitsvergaben.

Felix Mensch, namens der CVP/SVP-Fraktion, stimmt dem Nachtragskredit ebenfalls zu und begrüsst die detaillierten Angaben. Auch er wäre für eine frühzeitigere Information dankbar, versteht jedoch den Hintergrund, welcher diese Angaben nicht früher ermöglicht hat.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, ist grundsätzlich ebenfalls für den Nachtragskredit. Er erkundigt sich bei Finanzchef Dr. Leo Zehnder nach der Rentabilität des Restaurants Mühle.

Christoph Morat, namens der SP-Fraktion, heisst den Nachtragskredit gut.

Für den Departementsvorsteher **Dr. Leo Zehnder** ist das gemeindeeigene Restaurant Mühle nach wie vor ein Renditeobjekt. Die gesamte Anlage ist auf CHF 136'000 abgeschrieben und die Einnahmen für die Gemeinde betragen CHF 90'000 pro Jahr (bei gutem Geschäftsgang steigend).

Mark Aellen, SP-Fraktion, kritisiert einmal mehr die Sachaufwandbeschränkung. Für den Unterhalt von Gebäuden wird in Allschwil relativ wenig budgetiert. Er nimmt den vorliegenden Fall zu Anlass zu hinterfragen, ob das entsprechende Budget jeweils ausreichend ist. Der Gemeinderat hätte zudem schon zu einem früheren Zeitpunkt über das geplante Vorhaben informieren können.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates betreffend Restaurant Mühle, Mühlebachweg 41, Allschwil, Nachtragskredit zur Budgetposition 942-314.04, wird dem Nachtragskredit in der Höhe von CHF 126'500 grossmehrheitlich zugestimmt.

76 11.230 Liegenschaften; Mietwesen

**Postulat von Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, betreffend
Warum nicht eine Stiftung oder Genossenschaft Villa Guggenheim?
Geschäft 3230**

Finanzvorsteher **Dr. Leo Zehnder** teilt mit, dass der Gemeinderat bereit ist, den Vorstoss Ribi entgegenzunehmen und offen sei für alle Vorschläge, welche die weitere Verwendung der Villa Guggenheim betreffen.

Alex Horisberger, namens der FDP-Fraktion, dankt für die Bereitschaft des Gemeinderates, das Anliegen der FDP-Fraktion zu prüfen. Er kommt zurück auf die Absetzung dieses Traktandums von der Traktandenliste der Plenarsitzung vom 8. November 2000 und erklärt, dass das einzige Ansinnen des Vorstosses die Prüfung einer Idee für die Weiterverwendung der Villa Guggenheim sei.

Bruno Steiger, namens der SD-Fraktion, erachtet die Villa Guggenheim als Last für die Gemeinde Allschwil. Trotzdem müsse die Frage nach der Nutzung gestellt werden. Der Gemeinderat hat im Vorfeld der Abstimmung betreffend Neue Gemeindebauten versprochen, die Mietverhältnisse möglichst zu reduzieren. Z.B. könnte die Jugendmusikschule vom Bruggerhaus in die Villa Guggenheim umziehen. Prioritär sollte diese Art von Ideen geprüft werden, bevor eine Stiftung in Betracht gezogen wird, für welche wiederum Steuergelder eingesetzt werden müssen. Der Steuerzahler muss ent- und nicht belastet werden. Aufgrund dieser Ueberlegungen lehnt die SD-Fraktion den Vorstoss 3230 ab.

Jürg Gass, namens der SP-Fraktion, erachtet die Idee einer Stiftung oder Genossenschaft als positiv. Die in jedem Fall notwendige Renovierung des Gebäudes könnte somit dieser Trägerschaft übergeben werden. Der Sprechende erhofft sich aus den Kreisen der Befürworter/innen einige diesbezügliche Angebote.

Auch **Felix Mensch**, namens der CPV/SVP-Fraktion, ist für die Ueberweisung des Postulates. Der Gemeinderat sollte nach dem Umzug der Verwaltung in das neue Gebäude Vorschläge zur weiteren Nutzung der Villa Guggenheim bereit halten.

Peter Hauser, CVP/SVP-Fraktion, kritisiert das Postulat, weil es dem Auftrag des Souveräns vom 18.4.1999 widerspräche. Die Villa Guggenheim wurde dannzumal dem Gemeinderat zur weiteren Verwendung übergeben. Der Gemeinderat müsse auch in Zukunft dem Auftrag des Stimmvolkes nachkommen und bei der weiteren Nutzung der Liegenschaft federführend sein. Auch stört sich Peter Hauser an der Umschreibung „freie Renovation“ im Postulat. Auch der innere Teil der Villa soll im Grundriss erhalten bleiben.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, erkundigt sich nach den Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Weitere Verwendung der Villa Guggenheim“. Er erachtet im Übrigen das Postulat als falsch, da es in ein laufendes Geschäft eingreife.

Gemeinderat **Dr. Leo Zehnder** teilt mit, dass die Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretungen der IG Villa Guggenheim und der IG Vereine, zweimal getagt hat. Verschiedene Ideen, wie z.B. Haus der Vereine, Uebernahme durch die Bürgergemeinde Allschwil, wurden geprüft und dem Gemeinderat Bericht erstattet. Der Gemeinderat möchte vor der Räumung der Villa im Herbst 2001 den weiteren Verwendungszweck geklärt und nötigenfalls dem Einwohnerrat das Geschäft zum Beschluss unterbreitet haben. Im heutigen Zeitpunkt sei hingegen noch alles offen. Die Arbeitsgruppe hat im Bericht empfohlen, die Uebernahme durch die Bürgergemeinde weiterzuverfolgen, nachdem von dieser Seite Interesse bekundet worden war. Der Gemeinderat hat Kontakt mit dem Bürgerrat aufgenommen.

://:

Das Postulat von Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, betreffend „Warum nicht eine Stiftung oder Genossenschaft Villa Guggenheim?“ wird grossmehrheitlich an den Gemeinderat überwiesen.

77 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal
 01.080 Behörden- und Personalrechte

**Motion von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend
Anpassung von § 61 (Oeffentliches Amt oder Mandat) des Personal- und
Besoldungsreglementes der Gemeinde Allschwil an die heutigen Begebenheiten,
Geschäft 3251**

Bei Eingabe der Motion im Oktober 2000 bestand eine Ungleichbehandlung, erläutert Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**. In der Zwischenzeit wurde die Motion durch Korrektur der baselstädtischen Personalverordnung erfüllt. Am 5. Dezember 2000 hat der Regierungsrat Basel-Stadt beschlossen, dass Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung maximal 15 Arbeitstage für die Ausübung eines öffentlichen Amtes zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund bittet die Gemeindepräsidentin den Motionär um Rückzug des Vorstosses, andernfalls der Gemeinderat die Motion ablehnen müsste.

Der Motionär **Bruno Steiger**, SD-Fraktion, bestätigt die Anpassung der Verordnung, hält aber gleichzeitig fest, dass der Regierungsrat BS diese jederzeit nach eigenem Ermessen abändern kann. Es gehe ihm zudem auch um andere Kantone oder Regionen und um das benachbarte Ausland, aus denen Mitarbeitende rekrutiert werden könnten. In dieser Situation sollte Gegenrecht geltend gemacht werden können. Bruno Steiger hält an der gelegentlichen Anpassung des Personal- und Besoldungsreglementes, § 61, fest und bittet um Ueberweisung des Vorstosses.

Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion, sieht trotz mangelnder Brisanz des Vorstosses eine Berechtigung des Anliegens, indem er nicht nur gegenüber dem Kanton Basel-Stadt Anwendung finden soll, sondern gegenüber allen Kantonen. Die CVP/SVP-Fraktion stimmt der Ueberweisung aus diesem Grund zu.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion: Der Vorstoss soll nach Aussage von Bruno Steiger eine Verhaltensänderung bewirken. In der Sache sei das Anliegen zwar berechtigt, meint die FDP-Fraktion, stellt jedoch die Frage, ob dieser Vorstoss der richtige Weg zur Zielerreichung sei. Das Problem soll auf kantonaler Ebene gelöst werden. Eine liberale Haltung gehe in der FDP-Fraktion vor; sie will keine Hindernisse aufbauen. Sie lehnt deshalb die Ueberweisung ab und erwartet, dass Personen, die Interesse an einem politischen Amt haben, keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, seien diese finanzieller Art oder durch Vorschriften.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Das Allschwiler Personal- und Besoldungsreglement ermöglicht jedem Mitarbeitenden die Ausübung eines öffentlichen Amtes. Die Stossrichtung der Motion sei zwar richtig, jedoch empfindet er die Formulierung „sofern“ als störend, weil sie eine Hinderung für auswärts wohnende Mitarbeitende bewirken könnte. Jean-Jacques Winter empfiehlt, diesen Passus zu streichen.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** weist darauf hin, dass über Jahrzehnte das Recht auf Ausübung eines öffentlichen Amtes bestanden hat und dieses auf keinen Fall beschnitten werden darf. Der Gemeinderat lehnt die Entgegennahme der Motion ab, weil er dadurch innerhalb eines halben Jahres eine Reglementsänderung realisieren müsste, welche gemäss den vorangegangenen Voten nicht als sinnvoll erachtet wird. Sie fragt den Motionär Bruno Steiger an, ob er der Umwandlung in ein Postulat zustimmen kann.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält an seiner Motion fest, weil sie verpflichtender ist als ein Postulat und eine Reglementsänderung nicht durch ein Postulat bewirkt werden kann. Er räumt aber ein, dass die Aenderung des Erlasses nicht innerhalb eines halben Jahres realisiert sein muss. Sie kann zusammen mit anderen Aenderungen zu gegebener Zeit angebracht werden.

:::

Die Motion von Bruno Steiger, SD-Fraktion, betreffend Anpassung von § 61 (Oeffentliches Amt oder Mandat) des Personal- und Besoldungsreglementes der Gemeinde Allschwil an die heutigen Begebenheiten wird mit 23:12 Stimmen abgelehnt.

78 07.011 Finanzplan
 01.001 Reglemente/Rechtserlasse, kommunal

**Motion der SP-Fraktion betreffend
Zur Kenntnis-Bringung des Finanzplanes (VOR § 28 Abs. 2)
Geschäft 3266**

Der Departementsvorsteher Finanzen, **Dr. Leo Zehnder**, ist nur bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen, auch wenn es sich um eine Reglementsänderung handelt. Das Anliegen sei durchaus prüfenswert, jedoch zuerst in Form einer Erfahrungsphase, zusammen mit der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, zu realisieren. Leo Zehnder stellt die Frage, ob die Aktualisierung des Finanzplans nach Rechnungsabschluss Gegenstand eines Berichts an den Einwohnerrat sein soll oder in der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission besprochen wird? Er ist der Meinung, dass die heutige Formulierung von § 28, „gleichzeitig mit dem Budget zur Kenntnis zu bringen“, mehr Sinn macht, als die vorgeschlagene Fixierung eines Zeitpunktes, also die Monate April und Oktober. Zudem sei zu klären, ob mit der neuen Formulierung der angepasste Finanzplan im Oktober einzureichen oder im Rat zu behandeln ist; letzteres wäre praktisch nicht möglich, weil zuerst das Budget beraten sein muss.

Er bittet um Zustimmung des Rates, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

Mark Aellen, SP-Fraktion, ist überrascht über die Fragen des Gemeinderates. Die Budgetvorlage sei gemäss Reglement für den Monat Oktober festgelegt. Eine zweite Zur Kenntnis-Bringung mache nur Sinn, wenn der zeitliche Abstand vernünftig sei, was den Monat April ergebe. Die Konsistenz der Daten sei gegeben. Die Frage des Zeitpunktes der Eingabe oder Vorlage stelle sich jetzt schon.

Als Sprecher der SP-Fraktion und als Urheber des Motion distanziert er sich davon, die Frage der nutzvollen Verwertung des Finanzplans für eine Diskussion mit der FIREKO zu reservieren. Auch der Einwohnerrat benötige sorgfältige Informationen. Als Sprecher der SP-Fraktion lehnt er eine Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat ab.

Jacqueline Misslin, FDP-Fraktion, begrüsst die rollende Finanzplanung, appelliert jedoch auch an die Vernunft betreffend Arbeitsaufwand für die Verwaltung. Die Finanzplanung sollte nach Rechnungsabschluss erstellt werden, damit sie bei Vorliegen des Budgets dem Einwohnerrat abgegeben werden kann. Es sei klar, dass der Gemeinderat zuerst Routine mit allen neuen Faktoren erarbeiten müsse; dies benötige Zeit. Zudem soll der Aufwand in einem vernünftigen Verhältnis zum Resultat stehen.

Kurt Kneier, namens der CVP/SVP-Fraktion, sieht den Handlungsbedarf, möchte jedoch die Motion ablehnen und den Vorstoss als Postulat überweisen. Die möglichen Lösungswege müssen nochmals überdacht und alle sich daraus ergebenden Auswirkungen abgeklärt werden. Eine zweimalige Vorlage der Finanzplanung lehnt Kurt Kneier infolge des zusätzlichen grossen Arbeitsaufwandes klar ab.

Mark Aellen, namens der SP-Fraktion, bittet um einen zweiminütigen Unterbruch der Beratung.

2 Minuten Beratungspause

Mark Aellen gibt namens der SP-Fraktion bekannt, dass die Fraktion aufgrund der Beratung einer Umwandlung in ein Postulat zustimmen kann. Dies mit einem etwas bitteren Nachgeschmack, weil dieser Kompromiss eine lange Uebergangsphase bis zum Entscheid bedeute. Der Finanzplan sei nicht eine finanzbuchhalterische Massnahme, sondern eine reine Planungsmassnahme, die nach Grössenordnungen gehe. Deshalb sei der Rechnungsabschluss ein sehr wichtiger Input für die Neuausrichtung der Gedanken.

Dr. Guido Beretta, FDP-Fraktion, beleuchtet die Situation aus Sicht des Politikers, welcher bei der Verabschiedung des Budgets dem Gemeinderat die Kompetenz für dessen Umsetzung erteilt. Im Laufe des Jahres werden vom Rat aber auch grössere Ausgaben- und Einnahmenposten beschlossen, deren Auswirkungen man sich im Moment nicht bewusst ist. Er schlägt deshalb - als Zwischenlösung zur ein- oder zweimaligen jährlichen Aktualisierung des Finanzplans - vor, die Auswirkungen von grösseren Einnahmen oder Ausgaben auf die Finanzplanung jeweils bereits im Bericht des Gemeinderates aufzuzeigen.

://:

Die Motion der SP-Fraktion betreffend zur Kenntnis-Bringung des Finanzplanes (VOR § 28 Abs. 2) wird mit grossem Mehr als Postulat gutgeheissen und an den Gemeinderat überwiesen.